

Antrag auf Nachverhandlungen in den Bereichen Schul- und Hochschulpolitik, Klimaschutz, sowie bei der direkten Demokratie

In zentralen Punkten des Koalitionsvertrages finden sich grüne Vorstellungen nur mangelhaft wieder. Statt dessen setzt die GAL mit diesem Koalitionsvertrag viel von der CDU-Politik mit um, welche wir noch im Wahlprogramm scharf kritisierten. Die Grünen stehen ihren Wählern gegenüber in der Verantwortung. Ein Nachgeben gegenüber der CDU ist in vielen Punkten völlig unnötig, da sich gesellschaftliche und Parlamentarische Mehrheiten zu Ungunsten der CDU geändert haben. Daher muß es an zentralen Stellen zu Nachverhandlungen kommen, um bessere, grünere Kompromisse zu erzielen!

Schulpolitik:

- Das **Büchergeld** ist eine Schulgebühr. Es ist unsozial, wirkt ausgrenzend, ist mit dem Grundsatz Bildung als Menschenrecht unvereinbar und bringt kaum Einnahmen. Das Büchergeld muß folglich durch den Koalitionsvertrag abgeschafft werden.
- 6 Jahre gemeinsame Schule sind 50% weniger als **9 macht klug!** 6 macht nicht klug genug! Das Problem der frühen Selektion würde durch die verlängerte Grundschule nur verschoben, nicht gelöst, die Bildungschancen weiterhin von der sozialen Herkunft abhängen.
Es muß eine konkrete Perspektive im Koalitionsvertrag für weitere Schritte in Richtung 9 macht klug festgeschrieben werden.

Hochschulpolitik:

- **Studiengebühren** sind nicht akzeptabel:
Auch nachgelagert wirken sie wie eine Strafsteuer auf Bildung. Die **Ökonomisierung** des Bildungssystems würde gerade durch dieses Modell weiter vorangetrieben.
Die Einnahmen durch die nachgelagerten Studiengebühren wären marginal und würden erst in Jahren fließen.
Dies wäre der erste Koalitionsvertrag, in welchem die Grünen sich für Studiengebühren einsetzen, und damit ein grundsätzlicher Richtungswechsel grüner Bildungspolitik.
- Die „Evaluierung“ **undemokratischer Strukturen** an den Universitäten reicht nicht. Das Gremienverbot unterhalb der Fakultätsebene muß aufgehoben werden. Der Koalitionsvertrag muß ein Bekenntnis zu Demokratie und Transparenz an den Hochschulen beinhalten (auch in Bezug auf den Hochschulrat).

Klimaschutz:

In Bezug auf den Neubau des **Kohlekraftwerks** in Hamburg ist unter Hinweis auf die Klimaschutzziele, ein Baustopp für derartige „Klimakiller“ (+40% CO²) festzuschreiben. Wenn eine solche Klausel nicht besteht, sind folgende Punkte nicht mehr als eine Farce:

- „Bis 2020 soll der CO²-Ausstoß um 40 % reduziert werden“ (Koalitionsvertrag)
- „Vernünftige [sic!] Lösungen für die Energieerzeugung“ (Koalitionsvertrag)
- „Hamburg wird sich um die Kyoto-Folgekonferenz bewerben“ (Koalitionsvertrag)
- „Dezentrale Systeme bieten darüber hinaus eine Versorgungssicherheit, die mit Großkraftwerken nicht [...] zu erreichen ist.“ (Grundsatzprogramm Bündnis 90/Die Grünen)

Demokratie:

„Sechs Jahre CDU-Regierung haben der Demokratie und den Bürgerrechten in Hamburg schweren Schaden zugefügt.“....

(Wahlprogramm GAL)

... „zu dem Zweck wird die GAL durch ihr Abstimmungsverhalten der CDU ermöglichen, zu dem Vorschlag der Volksinitiative dem Volk einen Gegenvorschlag der Bürgerschaft vorzulegen.“

(Koalitionsvertrag)

„Volksentscheide müssen verbindlich werden“ (Wahlprogramm GAL)

In Bezug auf den **Volksentscheid** muß es Nachverhandlungen geben, um zu erwirken, daß ein verbindliches (und erreichbares) Quorum festgelegt wird. Der Koalitionsvertrag muß hier eine Lösung beinhalten.

Zum Verfahren:

Die Mitgliederversammlung stimmt darüber ab, ob die Punkte dieses Antrages (Schul-/Hochschulpolitik, Klimaschutz, Demokratie) einzeln oder im Paket abgestimmt werden.

PS: Zur Erinnerung - Geschenke an die CDU: kompromißlose Elbvertiefung, A26 wird gebaut, Hafenspanne kommt in einer anderen Form, keine Initiative für einen Mindestlohn, keine Ausbildungsplatzabgabe für nicht ausbildende Unternehmen, keine Einschränkung der Videoüberwachung, keine weiteren Steuerprüfer...